

Bildungsoffensive für Flüchtlinge

Volkshochschulen als kommunale Zentren für Integration stärken

Deutschland steht vor einer historischen Kraftanstrengung und Chance. Hunderttausende Flüchtlinge, von denen viele länger in Deutschland bleiben werden, müssen und wollen sich schnellstmöglich in ihr neues Lebensumfeld und in das Arbeitsleben integrieren.

Frühzeitige Integration liegt gleichermaßen im Interesse der Flüchtlinge und der einheimischen Bevölkerung. Die Flüchtlinge wollen schnell an Gesellschaft und Arbeit teilhaben, die Einheimischen erweitern im Kontakt mit Flüchtlingen ihre interkulturellen Kompetenzen und ihr Wissen um weltpolitische Entwicklungen. Die Chancen einer neuen kulturellen Vielfalt in unserem Land werden von großen Teilen der Bevölkerung positiv wahrgenommen. Deutschland kann erheblich von frühzeitigen Integrationsmaßnahmen profitieren, weil sie einen Beitrag zur Bewältigung des Fachkräftemangels und zu einer ausgewogenen demografischen Entwicklung leisten und die Sozialsysteme stärken.

Ein wichtiger Erfolgsfaktor für Integration sind orts- und zeitnahe Orientierungs- und Bildungsangebote. Sie schaffen die Grundlage für ein freies, eigenverantwortliches Handeln im persönlichen, gesellschaftlichen und beruflichen Umfeld.

Volkshochschulen sind die kommunalen Zentren für interkulturelles Lernen und stehen für ganzheitliche Bildungsarbeit, die sich an Menschen jeder Herkunft richtet. Sie stellen sich der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderung in besonderer Weise. Mit ihren Bildungsangeboten im Bereich Sprache und Integration haben sie in den vergangenen Monaten zehntausenden Menschen eine wertschätzende Aufnahme bereitet.

Allerdings kommen Volkshochschulen und ihre Kommunen zunehmend an Kapazitätsgrenzen. Sie können die kontinuierlich steigende Nachfrage nach Bildungs- und Integrationsangeboten nicht mehr bewältigen und benötigen dringend zusätzliche Förderung von Bund und Ländern zum Ausbau von Angeboten und Strukturen. **Handlungsdruck besteht insbesondere in folgenden Bereichen:**

1. Sprachliche Erstförderung ausbauen

- a) Ausreichende Sprachkenntnisse zählen zu den wichtigsten Integrationsvoraussetzungen. Derzeit sind die Deutsch- und Integrationskurse nahezu aller Volkshochschulen ausgelastet. Vielfach stehen hunderte Migranten/Migrantinnen bei der Anmeldung Schlange und müssen sich letztlich mit Plätzen auf Wartelisten begnügen.

Angesichts dieser akuten Situation muss die sprachliche Erstorientierung in den Aufnahmeeinrichtungen und den Kommunen ebenso ausgebaut werden wie die systematischen, staatlich geförderten Sprachvermittlungsprogramme (Integrationskurs, berufsspezifischer ESF-BAMF-Kurs).

- b) Die Effizienz der professionell geleiteten Integrationskurse kann verbessert werden, wenn die sprachliche Erstförderung, die vielerorts von Freiwilligen geleistet wird, nach gemeinsamen Qualitätsstandards erfolgt. Hierbei können die Volkshochschulen einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie freiwillige Lernbegleiter/-innen nach einem bundesweit einheitlichen Konzept qualifizieren und ihnen standardisierte Unterrichtsmaterialien für die Kursdurchführung zur Verfügung stellen. Mit der fachlichen und logistischen Unterstützung durch die Volkshochschulen könnte das Freiwilligensystem bereits unmittelbar nach dem Eintreffen der Flüchtlinge in den Aufnahmeeinrichtungen eine zielgerichtete, kohärente Sprachförderung in Gang setzen, die anschlussfähig an die staatlich geförderte Sprachförderung ist. Die geschulten, freiwilligen Ersthelfer/innen können die Teilnehmenden auch im Integrationskurs weiter als Lern- und Sprachbegleiter unterstützen.

Für die Qualifizierung von 10.000 freiwilligen Lernbegleitern/-innen in der sprachlichen Erstförderung, deren logistisch-administrative Unterstützung und standardisierte Unterrichtsmaterialien für Flüchtlinge fallen Kosten von rund 5 Millionen Euro pro Jahr an. Mittel für die Kursdurchführung sind darin nicht enthalten.

- c) Die von der Bundesregierung geplante komplette Öffnung der Integrationskurse für Flüchtlinge und Asylsuchende mit hoher Bleibeperspektive ist begrüßenswert. Sie wird allerdings zu einer weiteren Nachfrage nach diesen Angeboten führen, der derzeit noch nicht entsprochen werden kann.

Es bedarf einer schnellen und grundlegenden Reform des Integrationskurssystems, damit ausreichend Kursplätze eingerichtet werden können. Zuerst muss der eklatante Lehrkräftemangel beseitigt werden. In den nächsten Jahren werden in der Erwachsenenbildung Tausende von DaZ/DaF-(Deutsch als Zweit-/Fremdsprache) Lehrern/-innen benötigt. In einer breitangelegten Akquise müssen auch „Quereinsteiger“ mit pädagogischem oder sprachwissenschaftlichem Hochschulabschluss für eine Lehrtätigkeit in Integrationskursen qualifiziert und gewonnen werden. Gleichzeitig sind Anreizsysteme für die Lehrtätigkeit zu schaffen: Die Bundesregierung muss über die Zulassungsverfahren des Integrationskurses und eine angemessene Unterrichtspauschale sicherstellen, dass die Lehrkräfte für ihre komplexe Lehrtätigkeit angemessen vergütet werden bzw. ihnen eine Festanstellung angeboten werden kann.

Des Weiteren sind im Gefüge des Integrationskurses curriculare Anpassungen, ein signifikanter Bürokratieabbau, längere Planungszeiträume für die Träger, der Ausbau der Kursverwaltung und -beratung sowie die sozialpädagogischer bzw. -psychologischer Begleitung für die oftmals traumatisierten Flüchtlinge Voraussetzungen dafür, dass ein bedarfsdeckendes Angebot entstehen kann.

Der DVV hat im Verbund mit anderen Trägern und Organisationen ein Reformkonzept für den Integrationskurs entwickelt. Den zusätzlichen Finanzbedarf zum Aufbau eines bedarfsgerechten und zeitnahen Integrationskursangebots für die große Zahl der Teilnahmeberechtigten schätzen wir auf 350 Millionen Euro jährlich. Der Zuschuss des Bundes muss auf mindestens 4,40 Euro je Teilnehmenden und Unterrichtsstunde erhöht werden.

Das Volkshochschulsystem wird die Bundesregierung bei der Akquise und Qualifizierung zusätzlicher DaZ/DaF-Lehrkräfte gern unterstützen.

2. Auf den Arbeitsmarkt vorbereiten

- a) Viele Volkshochschulen führen im Kontext ihrer kommunalen Verankerung und Vernetzung nicht nur Integrations- und Sprachkurse durch, sondern sind seit langem auch erfolgreich in der Bildungsberatung und Berufsvorbereitung tätig.

Die Ermittlung von bereits erworbenen Qualifikationen und Erfahrungen bildet einen wichtigen Grundstein für eine erfolgreiche Vermittlung in Ausbildung und Arbeitsmarkt. Obwohl zwei Drittel der Menschen, die in Deutschland einen Asylantrag stellen, im erwerbsfähigen Alter sind und Qualifikationen aus ihrem Herkunftsland mitbringen, liegen Talente und Motivationen oft monatelang brach. Im Interesse einer möglichst frühzeitigen Integration in den Arbeitsmarkt sollte die vielfach als unproduktiv erlebte Wartezeit in den Aufnahmeeinrichtungen bereits genutzt werden zur Klärung von Ausbildungsstand, beruflichen Qualifikationen und personalen Kompetenzen sowie von Arbeitserfahrungen. In den Kommunen können die Migranten/-innen dann gezielt auch innerhalb der VHS-Integrationsnetzwerke über den regionalen Arbeitsmarkt, konkrete Unterstützungsangebote und Bewerbungsverfahren beraten werden.

- b) Angesichts der großen Zahl der Flüchtlinge und der Notwendigkeit, einen möglichst großen Anteil davon zeitnah in Ausbildung oder Arbeit zu bringen, können auch wertvolle Synergieeffekte zum Sprachenlernen genutzt werden: Sprachangebote können nach Bedarf modularisiert und von Anfang an arbeitsweltbezogen ausgerichtet, passgenaue Brücken zwischen der Vermittlung der Sprachkenntnisse und konkreten Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration gebaut und in einem weiteren Schritt kann ein durch die (sozial-) pädagogischen Fachkräfte der Volkshochschulen begleiteter Einstieg gewährleistet werden.

Für ein Beratungsangebot, das berufliche Fähigkeiten und Fertigkeiten systematisch erfasst und in Bildungs- und Berufsvorbereitungsmaßnahmen vermittelt, wird für 500.000 Flüchtlinge ein Betrag von rund 35 Millionen Euro benötigt.

Gleichzeitig muss das ESF-BAMF-Programm zur berufsbezogenen Sprachförderung zeitnah entbürokratisiert und flexibilisiert sowie insgesamt finanziell deutlich besser ausgestattet werden. Zudem wäre eine engere Verzahnung mit dem Integrationskurssystem wünschenswert.

3. Ehrenamtliches Engagement stärken

- a) Auch jenseits der Sprachförderung begleiten und unterstützen bundesweit hunderttausende freiwillige Helfer/-innen die Flüchtlinge mit einer unentbehrlichen Alltagshilfe, sei es bei Behördengängen oder als Ratgeber zum Beispiel bei Fragen der Erziehung, Gesundheit oder der sozialen Förderung.
- b) Ohne das Engagement freiwillig mitwirkender Menschen kann die frühzeitige Integration der Flüchtlinge nicht gelingen. Die sprunghaft steigenden Anfragen bei Volkshochschulen zeigen aber auch, dass die ehrenamtlich Engagierten selbst Fortbildungs-, Qualifizierungs- und Beratungsangebote benötigen, um ihre Aufgaben besser wahrnehmen zu können. Die Volkshochschulen verfügen über eine langjährige und fundierte Erfahrung bei der bedarfsorientierten Entwicklung spezifischer Fortbildungsformate und -inhalte und unterstützen damit vielerorts bereits die kommunalen Ehrenamtsagenturen.

Zur Stärkung des Ehrenamts und für die bessere Verzahnung von Hauptamt und Ehrenamt ist ein Programm zur Qualifizierung ehrenamtlicher Helfer/innen notwendig. Für die Konzeption und Durchführung von Qualifizierungen für 50.000 ehrenamtliche Helfer/-innen sind Mittel in Höhe von rund 10 Millionen Euro pro Jahr erforderlich.

4. Gesellschaftlichen Dialog fördern

- a) Derzeit erlebt Deutschland eine zunehmende Spaltung zwischen solchen Bürgerinnen und Bürgern, die den Flüchtlingen offen gegenüber treten und Solidarität mit ihnen einfordern, und jenen, die Ängste und Bedenken gegen die hohe Zuwanderung hegen. Es bedarf dringend einer Versachlichung der Debatte und eines gesellschaftlichen Dialogs über die Bedeutung und über Konsequenzen der Zuwanderung für Deutschland.
- b) Volkshochschulen bringen traditionell als Orte der Begegnung und des Dialogs Menschen über gesellschaftlich kontroverse Fragen miteinander ins Gespräch. Mit Hilfe innovativer Bildungsformate gelingt es, Diskussionen von emotionalen Aufladungen zu befreien, Vorurteilen aktiv zu begegnen und damit Unsicherheit und Hass in der Gesellschaft wirksam entgegenzutreten. Dies haben die Volkshochschulen in ihren Bürgerdialogen unter Beweis gestellt. Erforderlich und erfolgversprechend ist nun ein bundesweiter Bürgerdialog über Zuwanderung und Integration. Die Volkshochschulen können hierfür das notwendige Format entwickeln und die Veranstaltungen flächendeckend umsetzen.

Für die Konzeption, Umsetzung und Evaluierung bundesweiter Dialogveranstaltungen werden Finanzmittel in Höhe von rund 500.000 Euro pro Jahr benötigt.

5. Integration ganzheitlich gestalten

- a) Um das Ziel einer umfassenden gesellschaftlichen und beruflichen Teilhabe sowie eines gegenseitigen Austausches zu erreichen, sind ganzheitliche Bildungsangebote erforderlich. Sie umfassen das Kennenlernen und Erleben einer demokratischen Gesellschaft, ihrer kulturellen und politischen Einrichtungen und Partizipationsmöglichkeiten, ihrer Strukturen und Prozesse, ihres Wirtschafts-, Gesundheits- sowie Bildungssystems.
- b) In der Vermittlung von Sach-, Dialog-, interkultureller und Gesundheitskompetenz sind Volkshochschulen aufgrund ihres umfassenden Bildungsverständnisses Experten. Sie können deshalb bereits in den ersten Wochen des Aufenthalts in Deutschland mit ihrem breit aufgestellten Programmangebot zu dieser ganzheitlichen Integration beitragen. Dies würde sowohl nachhaltige Bildungswege eröffnen und eine gleichberechtigte Teilhabe an demokratischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Prozessen befördern als auch dazu beitragen, dass einheimische Bürgerinnen und Bürger in persönlichen Begegnungen mögliche Vorurteile und Ressentiments abbauen.

Für den Aufbau „Ganzheitlicher Bildungsprogramme für Integration“, an denen 150.000 Menschen teilnehmen, sind 15 Millionen Euro pro Jahr zu veranschlagen.

Die über 900 deutschen Volkshochschulen können in der akuten Situation ihren Teil zur Bildungsintegration beitragen. Sie brauchen hierfür aber über die Finanzierung von Ländern und Kommunen hinaus zusätzliche und umfangreiche Fördermittel des Bundes.

Deutscher Volkshochschul-Verband e.V.
Bonn, 15.09.2015